Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 3 — Freitag, 2. Januar 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Wilde Streiks im Ruhrgebiet

22 Zechen des Hamborner Bezirks betroffen

Essen, 2. Jan. Auf einer ganzen Anzahl von Zechen im Ruhrgebiet kam es heute früh unter dem Druck von Arbeitslosen, die die Zechentore besetzt hatten, zu wilden Streiks. Während auf einzelnen Zechen nur ein Teil der Belegschaft nicht eingefahren ist, ruht auf anderen Zechen des Bezirkes die Arbeit vollständig. Soweit sich bis jetzt feststellen lassen konnte, werden von diesem Streik etwa 22 Zechen des Ruhrbergbaues betroffen. Die Zechenverwaltungen führen die Arbeitsniederlegung auf die verstärkte Propaganda der sogenannten „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" zurück, die gestern in Gelsenkirchen eine Konferenz abhielt, in der ultimative Forderungen an die Zechenbesitzer gerichtet wurden.

Am stärksten macht sich die Streikbewegung im Hamborner Bezirk bemerkbar, wo in vier von sechs Zechen die Arbeit zum Teil niedergelegt wurde. Die Hälfte der 5500 Mann starken Belegschaften ist hier nicht eingefahren. In den Waschkauen und anderen Räumen der Hamborner Zechen wurden heute früh Belegschaftsversammlungen abgehalten, in denen sich die Mehrheit für den Streik aussprach. Als Grund wird hier das Kündigungsschreiben der Zechenbesitzer angegeben. Heute mittag wird auf dem Goetheplatz in Hamborn eine Versammlung der streikenden Bergarbeiter stattfinden. Im Bezirk Recklinghausen sind von 18 Schachtanlagen bis jetzt 5 von der Streikbewegung betroffen.

Der Alte Bergarbeiterverband

richtet an die Ruhrbergleute folgenden Aufruf: Die Kommunisten haben heute morgen den Versuch gemacht, auf den Zechen des Ruhrgebietes Streiks hervorzurufen. Auf ungefähr 20 Schachtanlagen ist ihnen der Streik durch Anwendung von Gewalt in mehr oder minder großem Umfange gelungen. Der Verband fordert seine Mitglieder auf, solchen Putschparolen keine Folge zu leisten und sich den Versuchen, sie gewaltsam durchzuführen, energisch zu widersetzen.

Aus Bergbaukreisen wird berichtet, daß der weitaus **größte Teil der Belegschaft der Streikparole nicht gefolgt** ist. Der ganze Süden des Reviers, die Bezirke Dortmund, Witten, Bochum, Wattenscheid, Essen, Mühlheim und Duisburg sind streikfrei. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 11,91 v. H. der Frühschicht. Die Ausstandsbewegung erstreckt sich hauptsächlich auf die Reviere Hamborn, Buer, Gladbeck und Hamm. Auf einzelnen Zechen werden von auswärtigen Arbeitslosen Streikposten gestellt. Da die Bergarbeiterverbände der Bewegung fernstehen, wird mit einem baldigen Erlöschen der Streikbewegung gerechnet.

Die Gewerkschaftsführer haben sich in die einzelnen Streikgebiete begeben, um an Ort und Stelle die Lage zu prüfen und gegebenenfalls vermittelnd einzugreifen.

Die Stellung der Gewerkschaften

Essen, 2. Jan. Der Christliche Bergarbeiterverband hielt gestern, am Neujahrstage, ebenso wie die anderen Gewerkschaften im Ruhrbergbau, Versammlungen der Bergarbeiter und Konferenzen der Funktionäre ab. In diesen Konferenzen wurde der Aufruf der Bergarbeiterverbände gutgeheißen und verlangt, daß nach diesem Aufruf gehandelt werde. In allen Konferenzen herrschte große Erregung. Aber der Hauptvorstand der Gewerkschaft hat die Mitglieder aufgefordert, weiterzuarbeiten. Die Verhandlungsmöglichkeiten seien noch nicht erschöpft. Bereits für den 7. Januar seien Verhandlungen in Aussicht genommen. Auch müßten die alten Löhne bis zum 15. Januar weitergezahlt werden.

Der Berliner Zentralrat des Verbandes der deutschen Gewerkschaftsvereine Hirsch-Duncker nahm nachstehende Entschließung an: „Die von seiten der Reichsregierung als dringend notwendig angekündigte Preissenkung hat sich bisher nur in geringem Ausmaß und nur bei einzelnen Punkten gezeigt. Auf dem Lebensmittelmarkt sind Preissenkungen fast gar nicht in die Erscheinung getreten, verschiedentlich können hier Preissteigerungen festgestellt werden. Trotz eines allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbaues, der durch die für verbindlich erklärten Schiedssprüche ermöglicht wurde, sind seitens der Reichsregierung ernsthafte Maßnahmen zu einer fühlbaren Preissenkung nicht festzustellen. Statt Steigerung der Kaufkraft und Behebung der Arbeitslosigkeit wird ein erneutes Absinken des Konsums und eine weitere Zunahme der Arbeitslosenziffer durch Verminderung der Kaufkraft die Folge sein. Die Leitung des Verbandes der deutschen Gewerkvereine sieht sich erneut veranlaßt, die Reichsregierung auf den Ernst der Sache zu verweisen und entsprechende Maßnahmen dringlichst zu fordern."

Die Geschichte eines mißglückten deutschen Friedensfühlers

Veröffentlichungen aus russischen Archiven

Von unserem Korrespondenten in Stockholm

Stockholm, 2. Januar

In den Stockholmer „Dagens Nyheter" hat Prof. Anton Karlgren heute begonnen, eine Artikelserie zu veröffentlichen, welche unter Benutzung der jetzt von der Sowjetregierung freigegebenen Archive die Furcht der Zarenregierung vor einem Eingreifen Schwedens in den Krieg an der Seite von Deutschland behandelt. Die Frage der Befestigung der Aalandsinseln spielt dabei sowohl militärisch als auch diplomatisch eine große Rolle. Aber auch andere Fragen werden da dokumentarisch belegt, die uns noch mehr berühren, so die

eines der merkwürdigsten Friedensangebote Deutschlands

— nämlich bereits im Jahre 1915.

In jenen Jahren war ja Schweden ganz besonders geeignet, den Vermittler in Friedensfragen zu spielen. Die Zarenregierung verfolgte ängstlich die deutschfreundliche Stimmung in Schweden, und die Frage, ob Schweden etwa doch noch an die Seite Deutschlands trete, taucht immer wieder in den Aufzeichnungen des Kanzleichefs im russischen Außendepartement, des Barons M. Schilling, auf, welche die Grundlage des ersten Artikels von Professor Karlgren in den „Dagens Nyheter" bilden. Was geschieht in Stockholm? Ist der deutsche Gesandte wieder vom König empfangen worden? — so wird der russische Gesandte in Stockholm Nekljudow immer wieder telegraphisch gefragt.

Dann, am 20. Juli, hat Nekljudow eine sehr wichtige Sache zu berichten. Der Direktor der Deutschen Bank, Monkewitz (wohl „Mankiewitz), sei in Stockholm eingetroffen und habe mit einer Persönlichkeit gesprochen, welcher deutlich nahegelegt worden sei, den Inhalt an die russische Adresse weiterzugeben:

in Deutschland hege man keine persönliche Feindschaft gegen Rußland, man sei bei einem Separatfrieden bereit, Rußland Konstantinopel und den Sund anzubieten, auch die Revision der Ostgrenzen käme in Frage, Abtretung von einem Teil von Galizien und schließlich eine Garantie für eine Anleihe in Höhe von fünf bis zehn Milliarden Mark.

Hierzu telegraphierte nun Nekljudow, daß das Angebot die Angst der Deutschen vor einem unglücklichen Ausgang des Krieges zeige, und die Absicht, vorher die alliierten Kräfte zu sprengen. Sicherlich sei das Angebot bereits den Alliierten gegenüber als ein Angebot von russischer Seite hingestellt worden . . .

Das deutsche Angebot erreichte das russische Hauptquartier also bereits mit umgekehrtem Vorzeichen und mit Verdrehung der Motive. Das muß scharf hervorgehoben werden, weil es prinzipiell zeigt, wie schwer es im Kriege war, auch nur ganz unverbindliche Friedensfühler auszustrecken, und weiter, wie wenig die andere Seite zu einer Verständigung geneigt war, ja, die deutschen Bemühungen, die doch wirklich weit genug gingen, sofort intrigant durchkreuzte.

Von deutscher Seite aber tat man noch ein übriges.

Das Tagebuch des Barons Schilling

verzeichnet wenige Tage später (Schilling war die rechte Hand des Außenministers), daß ein schwedischer Bankier Kuhlberger bei ihm vorgesprochen habe. Er habe nach vorsichtiger Einleitung vorgeschlagen, daß sich Bankleute von beiden Seiten auf neutralem Boden treffen sollten, um Friedensmöglichkeiten zu diskutieren. Er, Schilling, habe erklärt, daß derartige Konferenzen nur leeres Gerede seien, wenn die deutsche Regierung nicht offiziell eine Persönlichkeit bevollmächtige. Er wisse nicht, wieweit Deutschland bereit sei, die gemeinsamen Bedingungen der Alliierten anzunehmen. Im übrigen müsse die offizielle Initiative zu einem Angebot von Deutschland ausgehen. Der schwedische Bankier habe darauf erklärt, daß der Gesandte Nekljudow bereits eine ähnliche Antwort gegeben habe. Damit sei die Unterhaltung beendet gewesen.

Damit war aber auch die Hoffnung Deutschlands auf einen Separatfrieden mit Rußland zu Ende. Der Versuch war gleich in den ersten Anfängen gescheitert.

Die erste Veröffentlichung von „Dagens Nyheter" bringt damit also einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der deutschen Friedensangebote im Kriege. Man wird den weiteren Veröffentlichungen mit Interesse entgegensehen.

Curtius tauscht mit Henderson

Eine Vereinbarung über den Ratsvorsitz in Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Jan. In der Wilhelmstraße wird jetzt mit einem Tausch im Ratsvorsitz zur Januartagung des Völkerbundsrats bestimmt gerechnet,

und zwar dürfte an Stelle des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius der englische Außenminister Henderson den Ratsvorsitz übernehmen.

Dr. Curtius glaubt vielleicht die Möglichkeit zu haben, entschiedener in der Diskussion aufzutreten, als dies andernfalls möglich gewesen wäre.

Betrachtet man die Stimmung in der englischen Presse in den letzten Wochen und Monaten, so kann man sich jetzt davon überzeugen, daß die englische Oeffentlichkeit in der Minderheitenfrage die deutsche Stellungnahme weitgehend teilt. Erst jetzt veröffentlicht wiederum die „Times" Nachrichten eines nach der polnischen Ukraine entsandten Sonderberichterstatters, in denen unverhohlen der fürchterliche Terror, unter dem die Ukrainer leiden mußten, gegeißelt wird.

Offenbar bringt die polnische Gegenpropaganda, die sich inzwischen weitgehend der französischen, tschechischen und südslawischen Presse bemächtigt hatte, in England bisher nicht durch.

Infolgedessen wird sich der englische Außenminister wohl ein objektives Bild über das machen, was sich in Polen hinsichtlich der Minderheitenfrage in den letzten Monaten gezeigt hat. Es ist nun zu hoffen, daß Henderson den Ratsvorsitz in einer Weise wahrnimmt, daß die Polen nun doch einmal merken, daß ihr Land immerhin noch in Europa liegt und daß sie sich deshalb der europäischen Kontrolle nicht vollkommen entziehen können.

Wie wir dazu hören, hat sich der britische Außenminister Henderson, der Anregung Deutschlands entsprechend, bereiterklärt, den Vorsitz in der Völkerbundsratstagung im Januar zu übernehmen. Reichsaußenminister Dr. Curtius wird dann bei der nächsten Ratstagung als Präsident fungieren.

Polnische Verschleppungsmanöver

Genf, 2. Jan. In hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, daß die polnische Regierung auf der Januartagung des Völkerbundes die französische Unterstützung zunächst in dem Sinne suchen werde, daß durch Anzweiflung der Zuverlässigkeit des in den drei deutschen Beschwerdenoten vorgebrachten Anklagematerials eine sofortige Entscheidung unmöglich gemacht wird. Man erwartet daher, daß in den Genfer Verhandlungen im Januar vor der sachlichen Behandlung der deutschen Beschwerdenoten von polnischer Seite die Frage aufgeworfen wird, ob und wie eine

Nachprüfung des deutschen Anklagematerials

erfolgen müsse. Eine derartige Prüfung dürfte im Hinblick auf das umfangreiche, auf der sofortigen Untersuchung der Vorfälle aufgebaute und völlig einwandfreie deutsche Material überhaupt nicht notwendig sein. Trotzdem muß damit gerechnet werden, daß die Frage der Zuverlässigkeit einen breiten Raum einnehmen und zweifellos zur Verschleppung der endgültigen Entscheidung ausgenutzt werden wird. Dem muß von deutscher Seite mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden.

Argentinien und der Völkerbund

Buenos Aires, 2. Jan. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist auf seiner Südamerikareise zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen und vom Präsidenten, General Uriburu, empfangen worden. Die Presse begrüßt den Gast mit aller Ehrerbietung, läßt aber durchblicken, daß der Völkerbund, als vorwiegend politische Institution der europäischen Großmächte, auf Südamerika im allgemeinen und Argentinien wie auch Brasilien im besonderen nur geringe Anziehungskraft ausübe. Trotzdem halten einige Blätter, wie „La Prensa", es für dringend notwendig, daß die Haltung Argentiniens zum Völkerbund endlich durch Kongreßbeschluß geregelt werde, denn der Eintritt Argentiniens, der im Jahre 1919 von dem damaligen Präsidenten Irigoyen erklärt wurde, ist vom argentinischen Kongreß niemals ratifiziert worden.

Fräulein Gleitze schwimmt neuen Weltrekord

Neuyork, 2. Jan. Die durch die Ueberquerungen des Kanals und der Meerenge von Gibraltar bekanntgewordene englische Schwimmerin Mercedes Gleitze hat in Wallington (Neuseeland) einen neuen Dauerschwimmweltrekord für Frauen mit einer Leistung von 42½ Stunden aufgestellt.

Baldwin wird nicht Generalgouverneur von Kanada. Das Gerücht, daß Baldwin den Posten eines Generalgouverneurs von Kanada übernehmen würde, wird von maßgebender Seite für unrichtig erklärt.

SLUB
Wir führen Wissen.